



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831 - 33
Fernschreiber 0886890

SPD/37 - 14. Februar 1961

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

| | | |
|-------|--|-----|
| 1 - 2 | <u>Die Quadratur des Kreises</u> Eine Nachlese vom Pariser EWG-Treffen Von Günter Markscheffel | 108 |
| 5 | <u>Entwicklungspolitik der Bundesregierung ohne Konzeption</u> Von Hans-Jürgen Wischnewski, MdB | 42 |
| 4 | <u>Gefährliche Zuspitzung</u> Nach dem Mord an Lumumba | 35 |
| 3 - 6 | <u>CGD-Liste begünstigen Kommunisten</u> Rund um die Betriebsrätewahlen | 64 |

* * *

Zur Beachtung:

Wir veröffentlichen in unserer nächsten Ausgabe
einen Artikel von MdB Dr. Adolf A r n d t

Der sinnlose Streit um das "Provisorium"

* * * *

Die Quadratur des Kreises

Eine Nachlese vom Pariser EWG-Treffen

Von Günter Markscheffel

Seit Freitag vergangener Woche hat der Bundesbürger in seinen Zeitungen eine Reihe von Nachrichten lesen können, die ihn irritieren mussten, sofern er nicht von Berufs wegen gehalten ist, das ständige Auf und Ab des Planmachens innerhalb des "Europa der Sechs" zu beobachten. Nachdem der greise Bundeskanzler von Paris ohne Abschied zu nehmen und ohne von den Gastgeber zum Flugplatz geleitet zu werden nach Bonn zurückgekehrt war und sich wieder in Rhöndorf verschanzt hatte, wurde besagten Bundesbürger in Kommunikés und Stellungnahmen mitgeteilt, zwischen Bonn und Paris stünde alles zum Besten, während Kommentatoren sagten und schrieben, dass nichts geklärt sei und man bestenfalls von einer Beseitigung der seit dem Herbst zwischen der Bundesrepublik und Frankreich bestehenden Spannung sprechen könne. Erfuhr man wenigstens bei dieser Gelegenheit, dass Spannungen existierten (was bisher immer vom offiziellen Bonn bestritten wurde!), so dürfte jetzt der letzte Rest von Klarheit beseitigt sein. Wie üblich wird nämlich in Bonn und Paris wechselseitig erklärt, jeder habe einen Erfolg davongetragen. In Bonn z.B. heisst es, de Gaulle habe seine Pläne vom "Europa der Vaterländer" zu den Akten gelegt, während in Paris deutlich gemacht wird, Dr. Adenauer habe sich davon überzeugen lassen müssen, wie weitschauend und realistisch der französische Staatspräsident die Entwicklung Europas sehe. (Massenblatt "Paris-Jour", de Gaulle nahestehend: "Das einzige was am Donnerstag und Freitag erreicht wurde, bedeutet immer noch einen Sieg für de Gaulle".)

Fügt man dem hinzu, dass in Paris tatsächlich im wesentlichen vom "Europa der Sechs" gesprochen und der ersehnte Brückenschlag vom "Europa der Sechs" zum "Europa der Sieben" nicht einmal angepeilt wurde, dann ist alles jetzt noch verworrener denn je.

Zwischen den Fehern

Zugegeben: Adenauer stand in Paris vor einer schwierigen Situation. Er weiss seit langem, dass de Gaulle das "Europa der Sechs" meint, wenn er von "Europa" spricht. Er weiss ferner, dass de Gaulle keineswegs seine Vorbehalte gegenüber einer engen Verbindung zwischen EWG und EFTA aufgegeben hat, und er weiss schliesslich auch, wie sehr der französische Staatspräsident zu neigt, Frankreich eine Führungsrolle im "Europa der Sechs" zu sichern und dann die s e s Europa bei kommenden internationalen Ost-West-Verhandlungen mit einem eigenen und möglichst grossen Gewicht in die Waagschale zu werfen.

Andererseits ist dem Bundeskanzler aber auch bekannt, dass Kennedy von solchen Vorstellungen wenig oder gar nichts hält, und dass ein Einschwenken Bonns auf die Linie von Paris zu einer Abkühlung des Verhältnisses zwischen der Bundesrepublik und den USA führen muss.

Dazwischen steht jedoch die von niemandem bestrittene These, nur ein gutes deutsch-französisches Verhältnis könne die Grundlage einer guten europäischen Politik sein.

Man mag sich also drehen und wenden wie man will - die Quadratur dieses Kreises zu finden ist eine schier unlösbare Aufgabe, die umso schwieriger wird, als sich die kleinen europäischen Staaten - besonders Holland - nur sehr zögernd den Vereinbarungen von Paris anschliessen konnten.

"Briefkasten" statt Sekretariat

Nun wird man in Bonn darauf hinweisen, man habe in Paris Zeit gewonnen, und wenn Staatspräsident de Gaulle im Mai in die Bundeshauptstadt komme, könne man sicher unter anderen Voraussetzungen das Gespräch wieder aufnehmen. Das dürfte jedoch ein Irrtum sein. Trotz aller Verschleiernungsma-

über sind in Paris am vergangenen Wochenende einige politische Patbestände geschaffen worden, die nur dann aus der Welt zu räumen wären, wenn man es auf eine Trübung des Verhältnisses zwischen Bonn und Paris ankommen lassen will. Man hat zwar nicht, dem ursprünglichen Wunsch de Gaulles entsprechend, beschlossen, ein Sekretariat der sechs europäischen EWG-Staaten zu bilden, aber doch eine Koordinationsstelle zu schaffen, die von den Franzosen mit unachahmlichem Einfühlungsvermögen zwar "Briefkasten" genannt wird, im Effekt jedoch dasselbe ist, was das Sekretariat de Gaulles sein sollte. Der "Briefkasten" befindet sich in Paris, und eine Kommission wird eingesetzt, die bis zum Mai - um im Bilde zu bleiben - ankommende Briefe öffnet und "konkrete Vorschläge für eine Vertiefung der politischen Zusammenarbeit der sechs EWG-Staaten ausarbeiten" soll. Das steht zwar kaum in deutschen Zeitungen, kann aber in jedem einigermaßen unterrichteten Blatt der französischen Republik nachgelesen werden.

EWG als "eigenes Gewicht"

Das offizielle Kommuniqué von Paris besagt denn auch, die Kommission soll ferner

"konkrete Vorschläge unterbreiten, die die Zusammenkünfte der Staats- bzw. Regierungschefs und der Ausserminister sowie jede andere Zusammenkunft betreffen, die wünschenswert erscheint".

Und die amerikanische Nachrichtenagentur umi weiss aus Paris zu melden - man kann dasselbe auch in französischen Zeitungen nachlesen - dass "diese Konferenzen den EWG-Staaten in den bevorstehenden Auseinandersetzungen zwischen Ost und West die Möglichkeit zu einer ständigen Abstimmung ihrer Politik auf nächster Ebene bieten und zugleich als Forum für die Abgabe gemeinsamer Willenserklärungen dienen soll".

Es heisst, Dr. Adenauer und seine Berater hätten diesen Erfolg der französischen Diplomatie erst bemerkt, als sie mit Herr Korstad im Hauptquartier der NATO zusammengekommen waren. Die Verärgerung über die Spätzündung sei die Erklärung dafür, dass sich der Bundeskanzler entgegen jedem Protokoll ohne Verabschiedung auf den Flugplatz begab und nach der Bundesrepublik abflog ...

Es mag ein Trost sein zu vernehmen, Staatspräsident de Gaulle werde in diesem Jahr zweimal nach Bonn kommen, und es könnte auch freundlich stimmen, wenn man hört, unser Bundespräsident werde im Juni mit seiner Gattin zu einem Staatsbesuch nach Paris fahren. Das alles ist jedoch nur Beiwerk, diplomatische Passade, in deren Hintergrund die eigentlichen Probleme ungelöst bleiben.

Gefahr der Isolierung

Die Folge dessen, was sich in Paris in der vergangenen Woche ereignete, ist fast automatisch nicht nur eine Abkühlung des Verhältnisses zwischen Bonn und Washington, sondern auch das zunehmende Gefühl bei den Benelux-Staaten, dass sie der Achse Bonn-Paris ausgeliefert sind. Und wenn auch in London jetzt darüber gesprochen wird, man wolle aktiver als bisher die europäische Zusammenarbeit fördern, so bleibt auf der anderen Seite jedoch die Frage offen, ob diese gute Absicht nicht illusorisch wird, wenn sich durch die Beschlüsse von Paris der Graben zwischen dem "Europa der Sechs" und dem "Europa der Sieben" noch weiter vertieft. Hier zeigt sich die Gefahr einer Isolierung der Bundesrepublik.

Dazu kommt noch, dass der neue amerikanische Präsident Kennedy und seine Berater sehr intensiv bemüht sind, die seit über einem Jahrzehnt praktizierte Politik des Kleinen Europa zu überwinden und nach Möglichkeit sogar in eine gesamt europäische Konzeption überzuleiten, mit deren Hilfe eines Tages kleineuropäische Gruppeninteressen überwunden werden sollen.

Das ist der eigentliche Hintergrund, vor dem sich das in Bonn zur notdürftig verschleierte Unbehagen über die Pariser EWG-Tagung ausbreitet. Die Verschleierungskünste werden nicht viel helfen, denn schon bald werden die Realitäten der amerikanisch-europäischen Beziehungen im Rahmen der internationalen Politik ihr Recht fordern.

Entwicklungspolitik der Bundesregierung ohne Konzeption

Von Hans-Jürgen Wischniewski, MdB

Unbestritten ist die Entwicklungshilfe eine der entscheidendsten Aufgaben der 2. Hälfte dieses Jahrhunderts. Um so tragischer und geradezu unverantwortlich ist es, dass offensichtlich gerade hier die Bundesregierung über keine Konzeption verfügt. Das jedenfalls beweisen die sich zum Teil völlig widersprechenden Erklärungen von Regierungsvertretern ganz eindeutig.

Minister von Moerkatz ist gerade in Vertretung des Bundesaußenministers von einer Asienreise zurückgekehrt. In allen besuchten Ländern hat er grosszügige Hilfsangebote gemacht. Dagegen wäre nichts einzuwenden, wenn Klarheit über die zur Verfügung stehenden Mittel vorhanden wäre. Diese notwendige Klarheit ist aber keineswegs vorhanden. Bisher konnte von der Voraussetzung ausgegangen werden, dass in diesem Jahre gut drei Milliarden DM für die Entwicklungshilfe zur Verfügung stehen. Aber noch während der Asienreise des Bundesministers liess das Finanzministerium sehr deutlich verlauten, dass die bereitgestellten Mittel aus dem Haushalt für das Jahr 1961 über zwei- bis zweieinhalb Jahre verteilt werden müssen. Ein solcher Zustand ist völlig unmöglich und beweist, dass es im Kabinett nach wie vor keine einheitlichen Vorstellungen über die finanziellen Notwendigkeiten gibt. Eine solche Entwicklungspolitik kann der deutschen Politik gegebenenfalls erheblichen Schaden zufügen.

Das Finanzministerium hat jedoch nicht nur finanzielle Vorschläge gemacht, sondern in der Frage der Schwerpunktstellung auch sehr politische Vorschläge. Die politische Führung aller Fragen der Entwicklungspolitik sollte jedoch ganz eindeutig beim Außenministerium liegen. Wenn das Finanzministerium jetzt mit solchen Vorstellungen an die Öffentlichkeit geht, beweist das nur, dass in den Fragen der Entwicklungspolitik weder Kabinett noch interministerieller Lenkungsausschuss funktionieren. Ganz abgesehen davon sind diese politischen Schwerpunktstellungen des Finanzministeriums völlig unmöglich und würden der deutschen Aussenpolitik erheblichen Schaden zufügen. Sie würden praktisch bedeuten, dass Mittel- und Südamerika, sowie die ehemaligen französischen und englischen Kolonien in Afrika von jeder deutschen Hilfe ausgenommen würden.

Wir dürfen nur noch daran erinnern, dass auch in der Frage der Gründung einer Entwicklungsgesellschaft die Meinungen der Ministerien nach wie vor weit auseinandergehen.

Die Diskussion um die Entwicklungspolitik der Bundesrepublik läuft nun seit vielen Monaten. Zumindest in den Grundzügen muss jetzt auch eine Regierungskonzeption vorhanden sein. Die Opposition wird der Bundesregierung sehr bald die Möglichkeit geben, den Beweis dafür anzutreten.

Gefährliche Zuspitzung

ler - Wird der Ausbruch eines Bürgerkrieges im Kongo nach der feigen und kaltblütig vollzogenen Ermordung des früheren Ministerpräsidenten Patrice Lumumba nun unvermeidlich sein? Viele befürchten es. Der lebende Lumumba war schon gefährlich genug - der zum Märtyrer gewordene tote Lumumba könnte zur Symbolfigur werden, an dem sich der Nationalismus des schwarzen Kontinents heftig entzündet.

Am härtesten trifft wohl der Mord die Vereinten Nationen. Sie haben versucht, wieder Ordnung in das Chaos zu bringen und vor allem waren sie bemüht, den Kongo nicht zum Schauplatz des Kalten Krieges zwischen West und Ost werden zu lassen. In diesem Bestreben sind sie nun weit zurückgeworfen. Der Generalsekretär der UNO, Hammarskjöld, steht wieder im Zentrum wütender Beschuldigungen der Sowjetunion, der sich viele der neuen afrikanischen Staaten angeschlossen haben. Als Ordnungsmacht kamen die Vereinten Nationen im Kongo ohnehin nicht recht zur Geltung, ihre Truppen, durch den Abzug einiger afrikanischer Kontingente stark geschwächt, waren zur Untätigkeit verurteilt und konnten nicht einmal die Gefangennahme und Ermordung Lumumbas verhindern.

Der Tod dieses aus dem Dunkel kommenden, zur Weltbedeutung gelangten und auf so elende Weise ums Leben gekommenen Nationalistenführers trägt neue und in ihrer Wirkung noch unübersehbare Krisenelemente in eine schon zum Äussersten angespannte Situation hinein. Wie die Dinge liegen, sind die Vereinten Nationen kaum noch zum wirksamen Handeln in der Lage. Sie können ja nie so stark sein, wie es ihre Mitglieder wollen. Die Vereinigten Staaten, die Sowjetunion und die afrikanischen Regierungen haben jeweils andere Vorstellungen über die Zukunft des Kongo, wozu noch die Rivalitäten und Eifersüchtelereien innerhalb dieses unglücklichen Landes kommen. Die Zentralregierung in Leopoldville, selbst innerlich zerrissen, übt ihre Macht nur auf dem Papier aus, ganze Provinzen drohen mit dem Abfall oder sind schon, wie etwa das reiche Katanga, abgefallen. Ein in völliger Auflösung befindliches Kongo bildet eine zu grosse Versuchung für den Westen und den Osten, jeweils ihnen gefügige Satellitenregierungen einzusetzen und sie gegeneinander auszuspielen. Wird dann die Entscheidung der Gewalt der Waffen überlassen, ist wohl der Rutsch in den Abgrund unvermeidlich.

Nur Moskau und Washington können eine solche tragische Entwicklung verhindern. Die Verständigung zwischen den beiden Weltmächten ist der einzige Weg, den Kongolesen das Schicksal Koreas zu ersparen.

CGD-Listen begünstigen Kommunisten

H.N. - Die sogenannten Christlich-Sozialen und mit ihr die CGD können sich drehen und wenden wie sie wollen: Ihre Versuche, über eigene Wahlvorschläge bei den Betriebsrätewahlen zum Zuge zu kommen, sind in mehrfacher Hinsicht eine willkommene Schützenhilfe für die Kommunisten. Das selbst dann, wenn sie in einer ihrer so zahlreichen Vorlautbarungen zu diesen Betriebsrätewahlen erklären, daß diese "eine Entscheidung gegen den Totalitarismus des Ostens" sind.

Die Wirklichkeit sieht jedoch anders aus. Bisher gab es in der Regel bei den Betriebsrätewahlen nur einen Wahlvorschlag, der von den jeweiligen DGB-Gewerkschaften eingereicht wurde. Dieser eine Wahlvorschlag sicherte den Beschäftigten dann die Personenwahl, d.h. jeder Beschäftigte konnte aus dieser Gewerkschaftsliste die ihm geeignet erscheinenden Persönlichkeiten für den Betriebsrat namentlich auswählen. Dieser Möglichkeit ist man aber beraubt, wenn ein zweiter Wahlvorschlag - in diesem Falle die CGD-Listen - eingereicht wird und damit nach den rechtlichen Vorschriften nur noch die unpersönliche Listenwahl möglich ist.

In dieser Situation wirkt sich dann nicht nur nachteilig aus, dass die freiheitlich-demokratisch gesinnte Arbeitnehmerschaft in zwei Listen - DGB und CGD - aufgesplittert ist, sondern es wird auch verhindert, dass die Belegschaften sich ihre Kandidaten persönlich auswählen können. Das ist deshalb besonders nachteilig, weil - und das lehrt die Erfahrung - in überwiegender Mehrheit nur solche Kandidaten gewählt wurden, deren demokratische Zuverlässigkeit nicht in Zweifel zu ziehen war. Kommunisten, die dennoch gewählt wurden, blieben in einer hoffnungslosen Minderheit und konnten so keinen Einfluss in den Betrieben gewinnen. Mit ihrer Abspaltung vom DGB haben die CGD-Manager - ansonsten stramme Antikommunisten - den Kommunisten jedoch den Vorstand geliefert; nun endlich auch eigene Listen für die Betriebsrätewahlen einreichen zu können. Waren sie bisher nämlich auf Einheitsgewerkschaft gedrillt und gehalten, gegen jede Zersplitterung der Einheit einzutreten, um ihr Gesicht als Verfechter der "Einheit der Arbeiterklasse" nicht zu verlieren, können sie sich jetzt auf die CGD-Spalter berufen, die eigene Listenvorschläge einreichen. Da jetzt die

"Einheit" ohnehin verloren ist, können die aus den Gewerkschaften ausgeschlossenen Kommunisten aus ihrer unfreiwilligen Isolation heraus und ebenfalls mit eigenen Listenvorschlägen an den Wahlen teilnehmen. Getarnt als "fortschrittliche Belegschaftslisten" gehen sie auf Duplierung der Belegschaften aus und beklagen dabei noch scheinheilig die durch die CGD verloren gegangene "Einheit der Arbeiterklasse". Es ist deshalb sehr unrealistisch, wenn die sogenannte "christlich-soziale Kollegenschaft" in ihrem Aufruf zu den Betriebsrätewahlen meint, dass "durch christlich-soziale Betriebsräte aller kommunistischen Infiltration am wirksamsten begegnet" wird. Das Gegenteil ist richtig, ihre eigenen - DGB-fremden Listen - haben jetzt den Kommunisten erst den Weg geebnet, mit ebenfalls eigenen Listen vor die Belegschaften zu treten. Damit haben sie sich eine neue Plattform für ihre ferngesteuerte Agitation schaffen können.

Es bleibt die Tragik, dass die "Christlich-Sozialen" in ihrer blinden Überdosis an den Grundfesten der organisatorischen Gewerkschaftseinheit gerüttelt haben, um den angeblich zu starken sozialdemokratischen Einfluss abzufangen und auf der anderen Seite sehen sie sich nun in die sehr unangenehme Rolle der KP-Begünstigten gedrängt. Nicht umsonst haben die Sozialdemokraten immer wieder vor einer Gewerkschaftsspaltung gewarnt, denn dem Einfluss weniger KP-Agitatoren kann man nur mit der festen Geschlossenheit aller freiheitlich-demokratisch gesinnten Arbeitnehmer begegnen. Diese Chance nicht erkannt zu haben, bleibt das unruhmlische Verdienst der Spalter. Der DGB hat nämlich recht, wenn er in seinem Aufruf zu den Betriebsrätewahlen sagt: "Die Bemühungen verschiedener Landesorganisationen und Vereinigungen, die Betriebsrätewahlen nach weltanschaulichen oder parteipolitischen Gesichtspunkten auszurichten, helfen nicht, die berechtigten Interessen der Arbeitnehmer zu vertreten, sondern dienen den Gegnern, da sie die Kraft der Arbeitnehmerschaft zersplittern."

+ + +